

RUSSLAND

Putins Partei stürzt ab

Zehn Monate vor der nächsten Parlamentswahl droht die wichtigste Stütze für Präsident Wladimir Putin wegzubrechen: Die vom Kreml aus mehreren Wahlvereinen zusammengeflückte Partei „Einiges Russland“ stürzt dramatisch in der Wählergunst ab. Laut Umfrage des Moskauer Meinungsforschungsinstituts Wziom wollten im Januar nur 14 Prozent der Russen für die Putin-Truppe stimmen. Einen Monat zuvor waren es noch 27 Prozent. Zwar tönt das Führungspersonal der Kunstpartei – allen voran Russlands Innenminister Boris Gyslow, Katastrophenminister Schoigu und Moskaus Oberbürgermeister Luschkow –, der Verein werde bis Jahresende auf 800 000 Mitglieder anwachsen. Doch die Ortsgruppen von „Einiges Russland“ existieren vielerorts nur auf dem Papier; Staatsbedienstete



Präsident Putin

in der Provinz werden zur Parteimitgliedschaft gedrängt. Putins Wahlkampftruppe sei allein mit sich und der Vergabe wichtiger Posten beschäftigt, schreibt eine Moskauer Zeitung. Die Führung sei „zusammengesetzt aus verrosteten Ersatzteilen des KGB“. Bestätigt sahen viele Russen diese Diagnose, als jüngst in weiten Teilen des Landes der Frostnotstand ausgerufen werden musste und Zehntausende ohne Strom und Heizung waren. Trotz zahlreicher Appelle habe sich die Kreml-Partei nicht gerührt – „ihr wirklicher Einfluss ist demnach gleich null“, befand ein Kommentator.



Zerstörte Bar „Oscar“ in Glyfada (1988), Weinrich



GRIECHENLAND

Hellenische Stasi-Connection

Der frühere DDR-Staatssicherheitsdienst hatte enge Kontakte zu griechischen Terroristen. Möglicherweise war Ost-Berlin zwischen 1980 und 1990 sogar aktiv an Anschlägen beteiligt. Dank detaillierter Informationen aus Stasi-Archiven hat die griechische Polizei in den beiden vergangenen Wochen begonnen, die Terrorgruppe „Revolutionärer Volkskampf“ (ELA)

auszuheben. Zwischen 1974 und 1995 soll sie mehr als 200 Bomben gezündet und bis zu elf Menschen getötet haben. Erst kürzlich war es den Behörden gelungen, die berüchtigte Terrorgruppe „17. November“ (17 N) zu zerschlagen. Spitzengenosse der ELA, die bis zu 200 Mitglieder und Unterstützer hatte, standen in enger Verbindung zu Emissären Ost-Berlins, vor allem zu Jo-

ÖSTERREICH

Kein Ende der Erstarrung

Bei den Verhandlungen von Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und Grünen über eine Regierungsbildung zeichnen sich schon jetzt schwere Konflikte ab: So dürfte der Chef der Ökologienpartei, Alexander Van der Bellen, darauf bestehen, die gerade eingeführten Studiengebühren wieder zu streichen. Außerdem sind die Grünen offenbar weder bereit, der Anschaffung von 18 Eurofighter für 1,8 Milliarden Euro zuzustimmen noch die Neutralität der Alpenrepublik in Frage zu stellen. Deshalb ist auch elf Wochen



Schwarz-grüne Gesprächsrunde

nach dem Wahlsieg seiner ÖVP für den von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel versprochenen Reformkurs kein verlässlicher Partner in Sicht. Praktisch seit der Wahl am 24. November hatte Schüssel mit Jörg Haiders FPÖ und den Sozialdemokraten Gespräche geführt. Ungewöhnlich deutlich mahnte dann Ende Januar Bundespräsident Thomas Klestil seinen Intimfeind Schüssel, das Land aus der Erstarrung zu befreien. Die Grünen beteuern, man sei sich des euro-

paweiten Signals der grün-schwarzen Gespräche bewusst und werde mit der ÖVP „extrem ernsthaft“ verhandeln. Schüssel selbst stapelte Ende letzter Woche lieber tief: Öffentlich wollte er noch nicht von Koalitionsgesprächen reden. Es gehe vorerst nur um „vertiefte Verhandlungen“.